

Hochschulen in NRW - feindliche Übernahme aufgehoben?

**Hat das Hochschulzukunftsgesetz das Potential zur Demokratisierung
von Unis und FHs?**

Als 2006 der NRW-Wissenschaftsminister Pinkwart (FDP) die Unis und FHs des Landes mit dem Hochschul"freiheits"gesetz in den Unternehmerische-Hochschule-Modus schaltete, leitete dies eine Entwicklung ein, die einer feindlichen Übernahme gleichkam. Fortan standen nicht mehr Qualität von Forschung und Lehre, gesellschaftliche Verantwortung und Gemeinwohlorientierung der Wissenschaft im Vordergrund. Vielmehr hatten jetzt betriebswirtschaftliche und wettbewerbsbezogene Aspekte sowie vor allem die Drittmittelakquise Vorrang - eben die unternehmerische Ausrichtung der Hochschulen. Damit ging einher, dass die Beschäftigungsverhältnisse großer Teile der Hochschulangestellten massiv prekariert wurden. Ungeschminkt rühmte die konservative "Welt am Sonntag" die Auswirkungen des Hochschul"freiheits"gesetzes: „Seit 2006 sind Rektoren, Kanzler und Hochschulratsmitglieder in NRW so selbstbestimmt und privilegiert wie in keinem anderen Bundesland. Nirgendwo sonst können sie freier über Ausrichtung, Personal, Geldanlagen oder ihr Gehalt entscheiden. Wer sie aus diesem Arkadien vertreiben wollte, provozierte maximalen Widerstand der 37 zu allem entschlossenen Hochschulleiter.“ (WAMS 23.3.2014)

Dieser unternehmerischen Ausrichtung aber will nun die NRW-Wissenschaftsministerin Svenja Schulze, so versichert sie, entgegenwirken. "Bildung ist ein gesellschaftlicher Auftrag und muss für alle offen stehen." erklärte sie am 10. April in der ersten Lesung ihres Entwurfs eines Hochschulzukunftsgesetzes im Landtag. Der Satz lässt hoffen. Und auch im Gesetzentwurf selbst gibt es ermutigende Formulierungen: "Die Hochschulen entwickeln ihren Beitrag zu einer nachhaltigen und friedlichen Welt. Sie sind friedlichen Zielen verpflichtet und kommen ihrer besonderen Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung nach innen und außen nach." heißt es da (§ 3 Abs. 6) und: "Die gesellschaftliche Verantwortung und demokratische Mitbestimmung werden sowohl im Verhältnis zwischen Land und Hochschulen als auch innerhalb der Hochschulen selbst gestärkt." (Präambel, B. Lösungen, S. 2/343)

Das neue Gesetz soll also nach dem Bekunden der Ministerin Schluss machen mit den fatalen Auswirkungen des ökonomischen Ungeists, der mit dem bis dato geltenden Hochschul"freiheits"gesetz von 2006 in die NRW-Hochschulen einzog. In einer

Informations- und Diskussionsveranstaltung am 20. Mai 2014, um 18 Uhr in Raum S 56 (Philosophikum)

also kurz vor der zweiten Lesung des Hochschulzukunftsgesetzes, soll überprüft werden, ob es den proklamierten Ansprüchen gerecht wird und Mindeststandards für eine demokratische Hochschulentwicklung entspricht. Wir werden mit

Dr. Thomas Grünewald (NRW-Wissenschaftsministerium),

der direkt an der Erstellung des Entwurfs beteiligt war, diskutieren. Mit auf dem Podium werden

Agnes Kamerichs (AK Zivilklausel Uni Köln), Dr. Klaus Hermann (Uni Köln) und Torsten Bultmann (Bund demokratischer WissenschaftlerInnen - BdWi),

sitzen. Alle Anwesenden sind eingeladen, kritische Fragen zu stellen und sich an der Debatte zu beteiligen.

Jede und jeder ist zur Teilnahme eingeladen. Der Eintritt ist frei.

In der Veranstaltung sollen unter anderen die folgenden Punkte thematisiert werden:

Studium: Statt die einengenden Bachelor/Masterstudiengänge grundlegend zu reformieren und z.B. allen ein Masterstudium zu ermöglichen, sollen Zwangsexmatrikulationen (bei langem Studium) als neue Restriktion eingeführt werden. Wir wollen diskutieren, inwiefern dies demokratieschädigend ist und was für die Ermöglichung eines kritischen, weltzugewandten Studiums realisiert werden müsste.

Demokratie/Hochschulrat: Seit 2007 sind die höchsten Entscheidungsgremien der Hochschulen die wirtschaftlich dominierten und undemokratischen Hochschulräte. Nach der Abwahl von schwarz-gelb erklärte die neue rot-grüne Landesregierung, die Hochschulräte abschaffen zu wollen. Der Druck von Unternehmensseite und Hochschulleitungen hat dazu geführt, dass davon keine Rede mehr ist. Wir wollen daher diskutieren, warum eine demokratische und argumentative Kultur statt Top-Down-Management-Strukturen und Einflüssen von Seiten der Wirtschaft für eine verantwortliche Wissenschaft notwendig sind.

Transparenz von Forschung mit Mitteln externer Geldgeber: Im ersten Entwurf für das neue Hochschulgesetz war vorgesehen, dass der Inhalt von Forschungsvorhaben, die von der Wirtschaft oder von Stiftungen finanziert werden, ebenso wie die Geldgeber öffentlich transparent gemacht werden müssen. Auf Grund lautstarker Proteste von Hochschulleitungen und aus der Wirtschaft, ist dieser Passus in der aktualisierten Version des Gesetzesentwurfes entscheidend geschwächt und nun faktisch zahnlos: Eine Offenlegung von Forschungsvorhaben soll erst nach Abschluss der Projekte erfolgen und auch nur dann, wenn sie keinen Geschäftsgeheimnissen widerspricht. Das ist nichts anderes als ein Freibrief zur Vermeidung öffentlicher Kontrolle.

Prekäre Beschäftigung: Kurzfristige und schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen sind an den Hochschulen mittlerweile der Normalfall. Dies bedeutet eine Zunahme des Anpassungsdrucks und behindert Kollegialität. Artikuliertes Ziel des Gesetzesentwurfes ist, für langfristige und gut bezahlte Stellen zu wirken. Aber wie soll das gehen, wenn das Gesetz „kostenneutral“ umgesetzt werden soll?

Am 14. März haben sich sechs zivilgesellschaftliche und hochschulnahe Organisationen und Initiativen mit einem offenen Brief an die NRW-Wissenschaftsministerin Svenja Schulze gewandt. Darin werden die hier genannten Kritikpunkte ausgeführt und entsprechende Dialogbereitschaft eingefordert. Mit der Teilnahme von Dr. Thomas Grünwald aus dem Wissenschaftsministerium an unserer Veranstaltung am 20. Mai wird dieser Dialog eingeleitet.

Der offene Brief ist zu finden unter:

http://attac-bildung-erziehung.de/wp-content/uploads/2011/07/Offener-Brief_19.31.pdf

Unter dem Motto "Für eine demokratische Hochschulverfassung und eine Hochschule in gesellschaftlicher Verantwortung" hat mit gleicher Intention am 10. März der NRW-Landesverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft mit 50 erstunterzeichnenden Professoren eine Unterschriftensammlung für eine tiefgreifende Überarbeitung des vorliegenden Gesetzesentwurfes gestartet.

Die Unterschrift zur GEW-Kampagne ist möglich unter:

<http://gewstudisnrw.blogspot.de/2014/03/11/unterschriftenaktion-fuer-eine-demokratische-hochschulverfassung-und-eine-hochschule-in-gesellschaftlicher-verantwortung/>

Ein aktuelles Dossier mit Informationen und Stellungnahmen zum Entwurf des NRW Hochschulzukunftsgesetz bietet Labournet unter:

<http://www.labournet.de/politik/alltag/ausbildung/studium/hochschulzukunftsgesetz-nrw/>